



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

52. Sitzung (öffentlich)

29. März 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:30 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan	8
	Vorlage 17/1831	
	Vorlage 17/1832	
	– Verfahrensberatung	

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sich nachrichtlich an der am 15. Mai 2019 im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung stattfindenden Anhörung zum Landesentwicklungsplan zu beteiligen.

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005
Drucksache 17/5580 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5126 (Neudruck)

Stellungnahme 17/1037
Stellungnahme 17/1079
Stellungnahme 17/1138
Stellungnahme 17/1210
Stellungnahme 17/1258

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag – Drucksache
17/5126 (Neudruck) – einstimmig zu.

Der Ausschuss stimmt der geänderten Fassung des Gesetz-
entwurfs – Drucksache 17/3005 – einstimmig zu.

3 Bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen schaffen 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5381

– Verfahrensberatung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Sach-
verständigenanhörung.

4 Der Rechtsstaat muss gewahrt bleiben – Die Rechtsprechung bindet auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens 11

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5362

- Verfahrensberatung

Die Fraktion der AfD beantragt eine Sachverständigenanhörung.

5 Die Kommunen bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten wirksam stärken – FlüAG-Kostenpauschale endlich erhöhen und Perspektiven für Geduldete schaffen **12**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5223

- Verfahrensberatung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Sachverständigenanhörung.

6 Dauerwohnen in Wochenend- bzw. Ferienhausgebieten ermöglichen 14

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5357

Zuschrift 17/235

- Verfahrensberatung

Die Fraktion der AfD beantragt eine Sachverständigenanhörung.

7	ÖPNV in Nordrhein-Westfalen: Kommunen bei Erhalt der Stadt- und Straßenbahnsysteme unterstützen	15
---	---	----

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5069

- Verfahrensberatung

Der Ausschuss kommt überein, die inhaltliche Beratung des Antrags zu vertagen.

8 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch 16

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5066

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an einer für den 24. Juni 2019 im federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend angesetzten Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

9 Gutachterliche Untersuchung „Evaluation des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen“ (beantragt durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) 17

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1779

– Diskussion und Verfahrensberatung

Der Ausschuss kommt überein, die inhaltliche Diskussion des Berichts der Landesregierung im Zuge der Auswertung der Sachverständigenanhörung zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/3807 – wieder aufzunehmen.

10 Welche finanziellen Auswirkungen hat die geplante Novellierung des KiBiz für die Kommunen? (beantragt durch die Fraktion der SPD; s. Anlage 1) 19

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1729

– Diskussion

11 Wie will die Landesregierung gewährleisten, dass straffällige Geduldete tatsächlich, zeitnah und prioritär abgeschoben werden? (beantragt durch die Fraktion der SPD; s. Anlage 1) 20

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1731

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1751

– Diskussion

- 12 Förderaufruf „Grüne Infrastruktur NRW“ – Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der elf geförderten Projekte und wie geht es weiter?**
(beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; s. Anlage 2) **26**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1768
- Diskussion
- 13 Ergänzung zum Sachstand der Fortschreibung der deutschen Tentativliste für das UNESCO-Welterbe mit dem Projekt „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“** *(beantragt durch die Fraktion der AfD; s. Anlage 3)* **28**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1808
- keine Diskussion
- 14 Kosten der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst** *(beantragt durch die Fraktion der AfD; s. Anlage 4)* **29**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1811
- Diskussion
- 15 Verschiedenes** **32**

1 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan

Vorlage 17/1831

Vorlage 17/1832

– Verfahrensberatung

(Der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen wurde per Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags am 14. März 2019 zur Federführung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.)

Vorsitzender Hans-Willi Körfges teilt mit, der federführende Ausschuss plane für den 15. Mai eine Anhörung von Sachverständigen. Die CDU-Fraktion schlage vor, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

Johannes Remmel (GRÜNE) spricht sich für eine pflichtige Beteiligung an der Anhörung aus. Es lasse sich nicht nachvollziehen, wenn der AHKBW sich nur nachrichtlich beteilige, weil es im Landesentwicklungsplan sehr zentral unter anderem um den Bereich „Bauen und Wohnen“ gehe.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sich nachrichtlich an der am 15. Mai 2019 im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung stattfindenden Anhörung zum Landesentwicklungsplan zu beteiligen.

